

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/04/2009

über die öffentliche Sitzung am 29.06.2009,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 21:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Werner Bandick

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Frau Marion Clasen
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Herr Dieter Heidenreich
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Frau Nina Holers
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Horst Marzi
Herr Hartmut Möller
Frau Susanne Philipp-Richter
Herr Bela Randschau
Herr Steffen Rotermundt
Herr Jörn Schade
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schubbert-von-Hobe
Herr Matthias Stern
Frau Doris Unger
Herr Roland Wilde
Frau Petra Wilmer

- ab 19.47 Uhr, TOP 3 tlw. -

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Klaus Butzek

Verwaltung

Frau Ursula Pepper
Herr Horst Kienel
Herr Thomas Reich
Herr Wilhelm Thiele
Herr Andreas Zimmermann
Herr Sven Wilke

- Protokoll -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Frau Sabrina Bosse
Herr Christian Conring
Herr Andreas Fleischer
Herr Rolf Griesenberg
Herr Tobias Koch
Herr Thorsten Ortmann
Frau Birte Voss

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Genehmigung des Protokolls Nr. 03/2009 vom 18.05.2009
6. Bericht der Bürgermeisterin
7. Antrag der Grünen auf Umbesetzung der Ausschüsse **AN/0034/2009**
8. Antrag der GRÜNEN bezüglich Abschaffung des Auswahlgremiums für Kunstwerke (siehe Antrag 31) **AN/0035/2009**
9. Durchführung eines Bürgerentscheids gem. § 16 g Absatz 1 Gemeindeordnung zum Baumschnitt in der Großen Straße **2009/079/1**
10. EU-Umgebungslärmrichtlinie **2009/048/1**
 - Beratung über das weitere Verfahren
 - Beschluss über die Maßnahmen und Ziele aus dem Lärmaktionsplan Ahrensburg 2008
11. Änderung der Bewilligungsbedingungen der Stadt Ahrensburg **2009/045**
12. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung **2009/046/1**
13. Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2008 **2009/075**
14. Antrag der FDP-Fraktion zu Google-Street-View **AN/0036/2009**

1 **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgervorsteher Bandick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung**

Es wurde der Verkauf von 3 Grundstücken und der Rückkauf eines Grundstücks im Gewerbegebiet Beimoor-Süd beschlossen.

3 **Einwohnerfragestunde**

Frau Steinweg möchte wissen, wann die Pflichtvorstellung der Kandidaten für die Bürgermeisterwahl stattfindet. Hierüber wird am 6. Juli 2009 im Hauptausschuss beraten. **Frau Bremmes** und **Herr Bergknecht** tragen Fälle im Zusammenhang mit der Vergabe bzw. Bezuschussung von Hortplätzen vor, die bereits im Sozialausschuss vorgestellt wurden und sich zurzeit im Widerspruchsverfahren befinden und bitten die Stadtverordnetenversammlung um Hilfe.

Herr Hering hat Fragen zur EU-Umgebungslärmrichtlinie, speziell zur nördlichen Umgehungsstraße:

Wie kommt der Beschluss des Umweltausschusses vom 10.06.2009 zustande, obwohl die Begründung des FDP-Antrages falsch sei?

Wie kommt dieser Beschluss zustande, nachdem sich der Umweltausschuss in seiner vorherigen Sitzung für die Aufnahme der nördlichen Entlastungsstraße in der Lärmaktionsplanung ausgesprochen hatte?

Was versprechen Sie sich davon, dass die Nordtangente, die nicht Bestandteil der Lärmaktionsplanung ist, erst in der 2. Stufe 2012 berücksichtigt werden soll?

Wie bewerten Sie den Fakt, dass der Umweltausschuss die Nordtangente als unnötig abgelehnt hat, obwohl im Rahmen des ISEK Verkehrszählungen im Mai 2009 und Lärmaktionsplanungen durchgeführt wurden, deren Auswertung noch nicht erfolgt ist?

Ist Ihnen gewusst, dass die Lärmwerte der B 75 nur durch Reduzierung des Verkehrsauskommens verträglich reduziert werden können, und dass ohne die Nordtangente die Anlieger der Lübecker Straße allein belastet würden?

Ein weiterer Fragensteller bezieht sich später noch einmal auf die von Herrn

Hering eingebrachten Positionen zur Entlastung der Lübecker Straße und möchte insbesondere mehr über die Auswirkungen der Beschlussfassung insbesondere in finanzieller Hinsicht erfahren.

Herr Bussok vertritt eine Gegenposition und wiederholt im Wesentlichen seinen bereits in der Einwohnerfragestunde des Umweltausschusses am 10.06.2009 vorgetragenen Wortbeitrag.

Die Bürgermeisterin zeigt die Entwicklung der verschiedenen Positionen zu dem Thema auf und berichtet, dass im Zusammenhang mit dem Masterplan Verkehr die Nordtangente weiter verfolgt werde.

Herr Knoll führt aus, dass es in der Öffentlichkeitsarbeit zum Bürgerentscheid verschiedene Fragen aufzuarbeiten gelte.

Frau Groth vom Schulelternbeirat der Grundschule Am Hagen plädiert dafür, den Bau der dortigen Turnhalle vorzuziehen. Die Bürgermeisterin verweist auf die anstehenden Maßnahmen und die städtische Prioritätenliste.

Herr Siemer nimmt Bezug auf das Notstromaggregat. Hier wird auf die Beratung im Finanzausschuss verwiesen. Von der Haushaltssperre sei diese Position nicht betroffen. Auf die Frage, wann die Einwohnerversammlung angesetzt sei, wird geantwortet, dass ein Termin noch nicht feststünde.

4 Festsetzung der Tagesordnung

Der Antrag der FDP-Fraktion zu Google-Street-View wird als Tagesordnungspunkt 14 behandelt.

Die Verwaltung zieht die Verwaltungsgebührensatzung für heute zurück.

Stadtverordneter Möller beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9 Bürgerentscheid, da nicht klar sei, ob Mittel für eine ausreichende Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stünden. Der Antrag wird bei **6 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt**.

Mit obigen Änderungen wird die Tagesordnung genehmigt.

5 Genehmigung des Protokolls Nr. 03/2009 vom 18.05.2009

Das Protokoll wird ohne Einwand genehmigt.

6 Bericht der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin informiert die Stadtverordnetenversammlung darüber, dass sie nach der Kandidatur von Herrn Reich für das Amt des Bürgermeisters die Gemeindewahlleitung übernommen habe.

Bis zum Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung hat die Bürgermeisterin eine Haushaltssperre erlassen.

Im Konjunkturprogramm II sei die energetische Sanierung der Kita Pionierweg (2009) und der Stormarnschule bzw. des Schulzentrums (2010) berücksichtigt. Vorlagen würden noch vor der Sommerpause vorgelegt. Das gilt auch für den Bereich Städtebau, wo das badlantic und die THC-Halle berücksichtigt worden sind.

7 Antrag der Grünen auf Umbesetzung der Ausschüsse

AN/0034/2009

Der Antrag (siehe Anlage) wird **einstimmig angenommen**.

**8 Antrag der GRÜNEN bezüglich Abschaffung des Auswahl- AN/0035/2009
gremiums für Kunstwerke (siehe Antrag 31)**

Der Antrag (siehe Anlage) wird mit 18 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

9 Durchführung eines Bürgerentscheids gem. § 16 g Absatz 1 Gemeindeordnung zum Baumschnitt in der Großen Straße 2009/079/1

Stadtverordneter Möller beantragt eine andere Formulierung der Abstimmungsfrage zu beschließen und die Verwaltung zu beauftragen, diesbezüglich mit den Vertretungspersonen des Bürgerbegehrens in Verhandlung zu treten (**siehe Anlage**).

In der Debatte werden insbesondere folgende Aspekte angesprochen:

Über die Öffentlichkeitsmaßnahmen sei noch zu entscheiden. Für die Durchführung des Entscheides seien vom Hauptausschuss „**mindestens 20.000 €**“ empfohlen worden.

Voraussetzung für die Durchführung des Bürgerentscheides sei der Rückzug der Klage vor dem Verwaltungsgericht (Termin 09.07.2009), was wiederum eine einvernehmliche mit den Vertrauenspersonen abgestimmte Formulierung voraussetze.

Das Augenmerk des Begehrens habe sich gegen das Fällen von Bäumen gerichtet.

Zunächst wird der Antrag des Stadtverordneten Möller mit **5 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 23 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen:

1.) Zur Frage,

„Sollen die Linden in der Großen Straße anstelle von Kastenformschnitten durch Kronenbegrenzungsschnitte in ihrem natürlichen Erscheinungsbild erhalten und gepflegt werden?“,

wird am 27. September 2009 zeitgleich mit der Bundestags- und der Bürgermeisterwahl ein Bürgerentscheid gem. § 16 g Absatz 1 GO durchgeführt.

Damit ist die 2/3-Mehrheit erreicht.

Mehrheitlich beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

2.) Für die Durchführung des Bürgerentscheides werden unter dem Produktsachkonto 12100.5421000 **mindestens 20.000 €** gem. § 95 d GO bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen unter dem Produktsachkonto 61100.4565000 Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen.

10 EU-Umgebungslärmrichtlinie

2009/048/1

- **Beratung über das weitere Verfahren**
- **Beschluss über die Maßnahmen und Ziele aus dem Lärmaktionsplan Ahrensburg 2008**

Stadtverordnete Löwer beantragt, eine Änderung des Beschlussvorschlages 1, die mehrheitlich angenommen wird, und verweist auf die Empfehlung des Umweltausschusses, wonach der Beschlussvorschlag um eine Ziffer 4 entsprechend zu erweitern ist.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

1. Die Punkte 1, 4, 6 und 7 sowie der allgemeine Punkt „Aufstellen von Geschwindigkeitsanzeigern“ **aus der Vorlage 4** werden beschlossen.
2. Die Punkte 2, 3 und 5 werden im Rahmen der Aufstellung des Masterplans Verkehr untersucht und sind nicht Bestandteil des Lärmaktionsplanes Ahrensburg 2008.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Lärmaktionsplan nach Herausnahme der Punkte 2, 3 und 5 beim Ministerium einzureichen.

Zusätzlich sollen die ruhigen Gebiete mit aufgenommen werden (Empfehlung des UA v. 10.06.09, inkl. Karte der Arbeitsgruppe).

11 Änderung der Bewilligungsbedingungen der Stadt Ahrensburg 2009/045

Die Bewilligungsbedingungen der Stadt Ahrensburg werden in der anliegenden Form einstimmig beschlossen.

12 Änderung der Verwaltungsgebührensatzung

2009/046/1

- zurückgezogen -

**13 Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2009/075
Haushaltsjahr 2008**

Die im Haushaltsjahr 2008 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben – im Folgenden Mehrausgaben genannt – in Höhe von 60.884,29 € werden gem. § 82 Gemeindeordnung (GO) zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird aufgefordert, weiter ein rechtliches Vorgehen gegen Google in Sachen Street-View zu verfolgen und falls dies nicht möglich ist, der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Resolution an Google zur Verabschiedung vorzulegen. Weiter soll die Verwaltung ein Formular (zum Download) anbieten, damit Bürgerinnen und Bürger formlos Widerspruch gegenüber Google einlegen können.

gez. Werner Bandick
Vorsitz

gez. Sven Wilke
Protokoll